

Universität Innsbruck

Wiedererstehen der Demokratie in Österreich

Fachdidaktik-Schreiber WS 2014/15

Leonhard Herbert Ladner

Demokratie statt Diktatur

Wir Österreicher und Österreicherinnen sind in der glücklichen Situation in einer Demokratie zu leben. Wir haben das Recht auf Meinungsfreiheit, auf Wahlen, auf Mitbestimmung und auf ein Leben in Freiheit und Würde.

Erst seit wenigen Jahrzehnten ist dies in Österreich möglich. Der erste Versuch, in Österreich die Demokratie einzuführen, scheiterte schon nach wenigen Jahren 1934. Es folgten zwei Diktaturen, mit dem Nationalsozialismus eine besonders brutale Herrschaft mit dutzenden Millionen Toten und dem Völkermord an der jüdischen Bevölkerung in Europa.

Wie die Anfänge der von politischen Parteien getragenen Demokratie, unserer Zweiten Republik, aussahen, könnt ihr hier erfahren.

Die Befreiung Österreichs, die Militärregierung und die Gründung von SPÖ, ÖVP und KPÖ

Im April 1945 befreite die Rote Armee den Osten und die US-Truppen, Franzosen und Briten den Westen und Süden Österreichs.

Österreich wurde daraufhin in 4 Besatzungszonen* geteilt:



(*Aus: Franz Stürmer)

Noch im April wurden die ersten Parteien gegründet.

„Wiederbegründet wurde als erste Partei die KPÖ, da ihre Errichtung in Moskau, wo ein Teil der KP-Emigranten, bereits auf die Rückkehr warteten, bereits abgesprochen worden war. Wenig später am 14. April erfolgte im Wiener Rathaus durch Vertreter der ehemaligen SDAP und der in der Illegalität entstandenen revolutionären Sozialisten die offizielle Neugründung der SPÖ. Die Gründung der ÖVP, als bürgerlich-bäuerliche anti-marxistische Sammelpartei war am 17. April im Wiener Schottenstift erfolgt.“¹

¹ Wirth Maria, Broda Christian: Eine politische Biographie, Wien 2011, S.118

Die ÖVP (Österreichische Volkspartei):

Einerseits verstand sich die ÖVP als eine neue Partei, andererseits aber auch als eine Weiterführung der Christlich-Sozialen Partei.

Die neugegründete ÖVP bestand aus vielen ehemaligen Christlich-Sozialen Politikern, die bereits in der Ersten Republik und im „Austrofaschismus“/„Ständestaat“ aktiv gewesen waren. Die Neugründer waren: Leopold Kunschak, Hans Perntner, Lois Weinberger, Leopold Fiegl, Julius Raab und Felix Hurdes.

Einige von ihnen waren auch Mitglied in einer Verbindung, dem (Österreichischen) Cartellverband (ÖCV). Alle Obmänner der ÖVP bis 1971 kamen aus dem CV.

Der CV ist ein Zusammenschluss akademischer Studentenverbindungen, die auf einem katholischen Weltbild beruhen. Der CV war in der ersten Republik, die Kaderschmiede der Christlich-Sozialen Partei, so war auch der autoritär regierende Bundeskanzler Engelbert Dollfuß CVer. Der Einfluss des CV/ÖCV auf die Partei blieb auch nach 1945 in der ÖVP bestehen, viele Spitzenpolitiker in der Regierung und in den Ländern kamen und kommen aus dem CV. Helmut Kukacka (ehemaliger Staatssekretär der ÖVP) drückte die Rolle des CV 1986 so aus:

„ Als einzelnes Mitglied des Cartellverbandes müssen wir mehr als bisher politisch wirksam werden [...]. Von den heutigen Parteien ist die ÖVP, die einzige, die sich klar zu einem christlich begründeten Verständnis von Mensch und Gesellschaft bekennt.“²

Einer der Parteigründer und späterer Bundeskanzler von 1953-1961, Julius Raab, der den Österreichischen Staatsvertrag unterzeichnete, hatte 1930 als Führer der niederösterreichischen Heimwehr im Korneuburger Eid noch der Demokratie abgeschworen und sich für die Errichtung einer Diktatur in Österreich („Austrofaschismus“) eingesetzt.

Was unterscheidet die ÖVP von der Christlich-sozialen Partei? Sie wollte mit der Neugründung betonen, dass sie sich nun vom „Austrofaschismus“ (Diktatur 1934-1938) ebenso distanzierte wie vom politischen Katholizismus. Bis 1938 übernahmen kirchliche Organisationsformen gleichzeitig die Aufgaben von Parteiorganisationen. Priester waren Politiker der Christlich-Sozialen Partei (z.B. Bundeskanzler Prälat Ignaz Seipl). Die ÖVP verstand sich weiterhin als christliche Partei und hatte zwar ein Nahverhältnis zur Katholischen Kirche, doch sie baute eine eigene Parteistruktur auf. Sie wurde eine Massenpartei, die sich auf das katholische Milieu stützte und die „Schwarzen“, die zum Nationalsozialismus übergelaufen

² Neuhäuser Stephan, "Wir werden ganze Arbeit leisten ...": der austrofaschistische Staatsstreich 1934, Norderstedt 2004, S.86

waren, wieder in die Partei aufzunehmen. Zudem konnte sie „Liberale“ ansprechen. Das waren in Wirklichkeit ehemalige Nationalsozialisten und Nicht-Kirchengänger, wie ihr späterer Finanzminister Reinhard Kamitz. Die ÖVP gründete für ihren Neuaufbau nach einem ständischen Prinzip Teilorganisationen. Die ÖVP ist der Dachverband, dem die Bünde unterstehen: Bauern-, Wirtschafts-, Arbeiter- und Angestelltenbund. Die weiteren Teilorganisationen sind nach Alter und Geschlecht strukturiert: Frauenbewegung, Seniorenbund, Junge Volkspartei.

Die ÖVP ist also eine dezentrale Partei. Der Nachteil ist, dass die Bünde und die Länder (Landeshauptleute der ÖVP) oft mehr Gewicht haben als die Gesamtpartei mit Sitz in Wien und die Parteiobmänner der ÖVP. Nicht selten ist die Loyalität zu einem der Bünde stärker als zum Parteiobmann und der Zentrale der ÖVP in Wien.

Die SPÖ (Sozialistische Partei Österreichs):

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) nannte sich nun Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ). Die personelle Kontinuität zur Ersten Republik spiegelt sich im Zusammenschluss der SDAP und der Revolutionären Sozialisten, die zwischen 1934 im „Austrofaschismus“ und Nationalsozialismus im Widerstand waren. Die SPÖ stützte sich besonders auf das Gewerkschaftsmilieu. In den

beiden Diktaturen hatte die SPÖ einen großen Teil ihrer Intelligenz verloren: durch Ermordung und Vertreibung. Die SPÖ nahm daher nicht nur ehemalige Mitglieder wieder auf, die zum Nationalsozialismus übergetreten waren, sondern auch gezielt Nationalsozialisten mit akademischer Bildung. Zugespielt kann man formulieren: Nationalsozialisten ersetzen die jüdische Intelligenz in der Arbeiterpartei.

Karl Renner (SPÖ), früher Mitglied der SDAP, war der Gründungskanzler der Ersten Republik. Von der Sowjetunion, die Wien erobert hatte, erhielt er die Genehmigung, mit Vertretern von ÖVP und KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs) noch vor Ende des Krieges bereits eine provisorische Regierung bilden zu können. Somit war Karl Renner auch der Gründungskanzler der Zweiten Republik:

„Am 1. Oktober 1945 empfahl der alliierte Rat den vier Regierungen, die Autorität der Provisorischen Regierung auf ganz Österreich auszuweiten und die Regierung Renner als provisorische Regierung für ganz Österreich anzuerkennen.“³

Am 27. April 1945 verkündeten SPÖ, ÖVP und KPÖ das Wiedererstehen und die Unabhängigkeit Österreichs von Deutschland. In den nächsten Monaten nahm die

³ Stourzh Gerald, Um Einheit und Freiheit: Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs, Wien 2005, S.33

Regierung Renner Kontakt mit den Ländern auf, die unter verschiedener Besatzung standen und setzten einen Termin für die ersten freien Wahlen seit 1930 fest. Dies war ein bedeutender Schritt in Richtung Demokratie.

Am 25. November 1945 erreichte die ÖVP die absolute Mehrheit an Mandaten vor der SPÖ und der KPÖ, die nur etwas mehr als 5% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Leopold Figl (ÖVP) wurde Bundeskanzler einer Konzentrationsregierung, an der angesichts der großen Not und des Wiederaufbaus von Österreich alle drei Parteien beteiligt waren. Bis 1970 stellte die ÖVP alle Bundeskanzler, seitdem kamen alle Kanzler mit Ausnahme der Jahre 2000-2006 (ÖVP) aus der SPÖ.

Das dritte Lager in Österreich, das Deutsch-Nationale, war 1945 nicht zur Wahl zugelassen, weil es fast geschlossen zur NSDAP gewechselt war. Erst 1949 konnte es wieder antreten als (Wahl)Verband der Unabhängigen (WdU / VdU). Diese Partei war das Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten und ehemaliger Deutsch-Nationaler. Aus dieser Partei wuchs die FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs), die sich an der Jahreswende 1955/56 gründete. Ihr erster Parteiobmann war Anton Reinthaller, ein schwerbelasteter Nationalsozialist, SS-Brigadeführer und nationalsozialistischer Landwirtschaftsminister. Ihre Basis waren die schlagenden Burschenschaften,

Turnerbünde und die Landsmannschaften (Organisation von Deutschen, die aus ihrer Heimat nach der Niederlage Deutschlands vertrieben wurden).

Im Juni 1946 sicherte das zweite Kontrollabkommen, der alliierten Besatzung der Regierung Österreichs mehr Rechte zu, völlig eigenständig war sie aber erst 1955.

Wahlplakate der Nationalratswahl 1945

Um einen Einblick in den Wahlkampf 1945 zu geben, werden nun drei Plakate von ÖVP, SPÖ und KPÖ beschrieben und analysiert.



Beschreibung des Plakats: Das Plakat der ÖVP zeigt eine Straße in österreichischen Farben, die vom Tal aus den Berggipfel ansteuert.

Themen: Die Farben „Rot-weiß-rot“ signalisieren den österreichischen Patriotismus. Der Berg und die Bäume stellen die Schönheit der Natur dar. Die ÖVP präsentiert sich als DIE Österreich-Partei.

Wahlspruch: Mit der ÖVP geht es aufwärts in Österreich, gleichzeitig ist die ÖVP der Weg Österreichs, das heißt, die ÖVP ist der Garant für den erfolgreichen Wiederaufbau des Landes.



Beschreibung des Plakats: Das Plakat bebildert die Geschichte vom Bürgerkrieg 1934 (beschlossene Arbeiterwohnungen; ein Galgen, auf den Sozialdemokraten 1934 hingerichtet wurden) bis hin zum Erbe des NS-Staates (Totenköpfe, Hitler) mit dem Jahr des „Anschlusses“ Österreich an Deutschland 1938.

Themen: Die Themen sind die Anklage des „Austrofaschismus“ und der antidemokratischen Haltung der Christlich- Sozialen Partei vor 1938, sowie die Gräueltaten, der NS-Herrschaft.

Wahlspruch: „11 Jahre Faschismus! Erwähne Dich“. Das Plakat der SPÖ erinnert daran, dass sie die Partei des Antifaschismus ist, die im Gegensatz zur ÖVP eine demokratische Geschichte hat und nie den Weg in eine Diktatur beschritten hat. Das Plakat macht die Christlich-sozialen als Vorgängerpartei der ÖVP für die austrofaschistische Diktatur verantwortlich und beschwört ein „Nie mehr wieder“, in Bezug auf Faschismus jeglicher Art. Die SPÖ präsentiert sich als Garant der Demokratie und dieses „Nie mehr wieder“.

Österreich als Verbändestaat mit Proporz und Sozialpartnerschaft:

Das letzte Kapitel dieser Arbeit geht auf ein Charakteristikum des politischen Systems in Österreich nach 1945 ein.

In Österreich gab es gerade einmal 15 Jahre Erfahrung mit Demokratie und Republik zwischen Ende 1918 und Anfang 1934. Die Linke und die Rechte standen einander misstrauisch gegenüber. In der Regierung saßen Mitglieder der ÖVP, die vor 1934 mitgeholfen hatten, die Demokratie auszuschalten und die SPÖ und KPÖ zu verbieten. Nie wieder sollte es möglich sein, dass eine Partei die ganze Macht hatte und die Demokratie abschaffen konnte. Die ÖVP wiederum sorgte sich ihrerseits um eine Machtübernahme von Sozialismus und Kommunismus.

Um ein Scheitern der Demokratie zu verhindern, wurde ein spezielles politisches System etabliert - der Verbändestaat mit Proporz und Sozialpartnerschaft. Ob Industriebetriebe, Großbanken oder Medien, überall teilten sich ÖVP und SPÖ ihren Einfluss durch Entsendung von Parteimitgliedern oder parteinaher Personen. ÖVP und SPÖ hatten also einen großen Einfluss auf das Leben der Bevölkerung im Alltag. Sie vermittelten Arbeitsplätze im großen

verstaatlichten und staatsnahen Sektor, öffentlich geförderte Wohnungen und Karrierechancen und erhielten dafür die Loyalität ihrer Wähler und Wählerinnen in Form einer lebenslangen Parteimitgliedschaft und einer treuen Stammwählerschaft. Ein knappes Drittel der Wahlberechtigten war Mitglied der beiden Großparteien, die bis 1990 meist von rund 90% der wahlberechtigten Bevölkerung gewählt wurden. Der Proporz, die Aufteilung des parteipolitischen Einflusses von SPÖ im öffentlichen Leben, hatte also eine maximale Popularität. In der Nachkriegszeit wirkte der Proporz zwischen ÖVP und SPÖ vertrauensbildend, die Großparteien nutzten den Proporz zu friedlichen Aufbau Österreichs und stabilisierten so Demokratie und das politische republikanische System insgesamt.

Gesetzlich festgehalten wurde, dass es Interessensvertretungen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber geben muss. Alle Arbeitnehmer mussten Mitglied in der „Arbeiterkammer“ werden, die Wirtschaftstreibenden wurden in der „Wirtschaftskammer“ zusammengefasst und alle Landwirte in der „Landwirtschaftskammer“. Nur der Österreichische Gewerkschaftsbund ist ein freiwilliger Zusammenschluss. Diese Institutionen werden „Interessensvertretung“ genannt und es finden regelmäßige Wahlen statt.

Die Arbeiterkammer und der Österreichische Gewerkschaftsbund sind sozialdemokratisch dominiert, in der Landwirtschafts- und Wirtschaftskammer ist es die ÖVP, die bestimmt.

Um Konflikte zu vermeiden, schlossen die Sozialpartner, Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Landwirtschafts- und Wirtschaftskammer, in eigenen Gremien Kompromisse. Wichtige Entscheidungen fielen und fallen daher außerhalb des vom Volk gewählten Parlaments. Der Vorteil: Dies garantierte, dass jede der Großparteien auch bei Ausscheiden aus der Regierung in einem bestimmten Ausmaß mitbestimmen konnte. Die Sozialpartnerschaft und der Proporz führten zu einer Aussöhnung in der österreichischen Gesellschaft nach zwei Diktaturen. Sie verhinderten meist große Streiks, der Aufbau Österreichs von einem „Hungerleiderland“ zu einem der reichsten Staaten der Welt gelang. Dieses Nachkriegssystem änderte sich schließlich entscheidend ab den 1980er Jahren.

5. Quellen/Literatur

Schriftliche Quellen:

- Neuhäuser Stephan, "Wir werden ganze Arbeit leisten ...": der austrofaschistische Staatsstreich 1934, Norderstedt 2004
- Pelinka Anton, Vom Glanz und Elend der Parteien : Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems, Innsbruck 2005
- Stourzh Gerald, Um Einheit und Freiheit: Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs, Wien 2005
- Wirth Maria, Broda Christian: Eine politische Biographie, Wien 2011

Internet-Quellen/Bilder:

Bildmaterial, bereits in der Arbeit gekennzeichnet und beschriftet.

